

## DAS CHODORKOWSKIJ-URTEIL RUSSISCHE UNTERNEHMEN IM AUSLAND

■ Kommentar		
	Das Urteil im Chodorkowskij-Prozess. Heiko Pleines, Bremen	2
■ Umfrage		
	Der Prozess gegen Michail Chodorkowskij	3
■ Pressestimmen		
	Westliche Kommentare zum Chodorkowskij-Urteil	4
■ Analyse		
	Russische Unternehmer und die neue Ukraine. Margarita M. Balmaceda, USA	6
■ Statistik		
	Ukrainische Handelspartner	9
■ Umfrage		
	Beziehungen mit der Ukraine aus russischer Sicht	10
■ Analyse		
	Russische Unternehmen und die neuen EU-Mitgliedsländer. Heiko Pleines, Bremen	12
■ Tabellen zum Text		
	Investitionen russischer Öl- und Gasfirmen in der erweiterten EU	15
■ Pressestimmen		
	Die polnische Debatte um die Abhängigkeit von russischen Energiekonzernen	17
■ Umfragen		
	Die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Russen	19
■ Chronik		
	Vom 26. Mai bis zum 2. Juni 2005	21

## Kommentar

### Das Urteil im Chodorkowskij-Prozess

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Am 31. Mai 2005 ist Michail Chodorkowskij, der ehemalige Vorstandsvorsitzende und Mehrheitseigner des russischen Erdölkonzerns Jukos, zu einer Haftstrafe von 9 Jahren verurteilt worden. 18 Monate, die er in Untersuchungshaft verbracht hat, werden abgezogen. Bereits am 27. April hatte ihn das Gericht in allen sieben Anklagepunkten, die von Steuerhinterziehung über Betrug bis zur Bildung einer kriminellen Vereinigung reichen, für schuldig befunden. Die Verlesung der etwa 1.000 Seiten langen Urteilsbegründung nahm etliche Tage in Anspruch. Erst jetzt wurde das Strafmaß verkündet. Diese Verschleppung des Prozessabschlusses sollte offensichtlich dazu dienen, das Medieninteresse zu dämpfen. Dazu erschwert auch die vielbändige Urteilsbegründung eine umfassende Kritik des Urteils. Kaum ein Journalist wird sich mit 1.000 Seiten juristischer Fachsprache auseinandersetzen.

Der russische Präsident Vladimir Putin hat den Prozess immer wieder als rechtsstaatlich bezeichnet. In Interviews hat er dabei häufig eine Parallele zum Prozess gegen die Manager des amerikanischen Konzerns Enron gezogen, die in den USA wegen Bilanzmanipulationen zu bis zu 20 Jahren Haft verurteilt worden waren. Doch Putins Darstellung führt in die Irre und verschweigt die groben Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien und russisches Recht, die sowohl beim staatlichen Vorgehen gegen den Jukos-Konzern als auch im Chodorkowskij-Prozess selbst hinreichend dokumentiert sind.

So hat etwa der Europarat in einer Resolution vom Januar 2005 Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen die russische Strafprozessordnung aufgelistet, die im Prozess gegen Chodorkowskij belegt sind. Insgesamt können folgende Unzulänglichkeiten konstatiert werden:

- Behinderung der Anwälte Chodorkowskij. Zeitweise war ihnen der Kontakt mit ihrem Klienten nicht möglich. Ihre Kanzleien wurden durchsucht, relevante Dokumente beschlagnahmt. Die gesamte Kommunikation zwischen Chodorkowskij und seinen Anwälten wurde während des Prozesses vom Gericht kontrolliert.
- Einschränkung der Öffentlichkeit der Verhandlung. Der Zugang der Öffentlichkeit, darunter Journalisten und Vertreter von nicht-staatlichen Organisationen, zum Prozess wurde durch organisatorische Maßnahmen stark eingeschränkt.
- Ungerechtfertigte Untersuchungshaft. Die Ablehnung einer Freilassung auf Kautions widerspricht nach Einschätzung des Europarates sowohl russischem Recht als auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.
- Manipulation der Gerichtsverhandlung. Der Staatsanwaltschaft werden erhebliche Möglichkeiten eingeräumt, Zeugen unter Druck zu setzen.

Beweisanträge der Verteidigung hingegen wurden regelmäßig mit formalen Argumenten, wie z.B. das Fehlen einer dritten Fotokopie des Dokumentes, abgelehnt. Die juristische Hegemonie der Staatsanwaltschaft im Verfahren wurde auch dadurch deutlich, dass das Urteil in weiten Teilen die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft fast wörtlich übernahm.

- Fragwürdige Interpretation von Straftatbeständen. Der Vorwurf, Chodorkowskij sei der Kopf einer kriminellen Vereinigung, beruht auf einer sehr unpräzisen Definition der organisierten Kriminalität im russischen Strafrecht. Die Anteilseigner eines legal registrierten Wirtschaftsunternehmens aufgrund von Vorwürfen der Steuerhinterziehung zu einer kriminellen Vereinigung zu erklären, ist inhaltlich kaum zu begründen und in der russischen Rechtsprechung bisher ohne Präzedenzfall. Der Vorwurf der Steuerhinterziehung wiederum basiert zum Teil auf der rückwirkenden Anwendung einer Anordnung des Finanzministeriums. Die rückwirkende Anwendung von Steueränderungen ist in der russischen Verfassung ausdrücklich untersagt und widerspricht nach Einschätzung des Europarates auch der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Putins Beschreibung der Jukos-Affäre als „rechtsstaatlich“ kann aber auch dahingehend verstanden werden, dass die Jukos-Affäre ein Einzelfall bleiben soll. Viele Beobachter haben in diesem Sinne vermutet, dass Putin die negativen Auswirkungen auf das Investitionsklima abschwächen will. So sind seit Beginn des Jahres etliche Gesetzesänderungen in Vorbereitung, die eine Wiederholung der Jukos-Affäre unmöglich machen sollen. Insbesondere ist die Verjährungsfrist für Privatisierungskriminalität drastisch verkürzt worden und eine Einschränkung der rückwirkenden

Steuerüberprüfung ist in Vorbereitung. Aus dieser Sicht wäre die Jukos-Affäre ein trauriger Einzelfall, der jetzt schnell abgehakt werden sollte.

Doch auch hier sind erhebliche Zweifel angebracht. Was die rechtsstaatlichen Mängel betrifft, ist der Chodorkowskij-Prozess gewiss kein Einzelfall. Ähnliche Manipulationen gab es bereits in etlichen anderen Prozessen – gegen Journalisten, Wissenschaftler und Nicht-Regierungsorganisationen. Hinzu kommt, dass die Gesetzesänderungen nur dann eine Garantie gegen eine Wiederholung der Jukos-Affäre wären, wenn ihre Einhaltung auch für Staatsvertreter verbindlich wäre. Wie der Chodorkowskij-Prozess gezeigt hat, ist dies

aber nicht der Fall. In einem Staat, in dem bei Bedarf Gesetze ignoriert werden, können Gesetzesänderungen keine Rechtssicherheit schaffen.

Putins Darstellung der Jukos-Affäre ist in jeder Hinsicht verfehlt. Sie ist unglaubwürdig und damit der untaugliche Versuch, staatliche begangene Rechtsverletzungen vollmundig zu bemänteln. Putins Verhalten passt damit in das Resümee, das die britische Zeitschrift Economist im Hinblick auf die Rolle der Staatsvertreter allgemein zieht: „Während die Affäre den autoritären Charakter von Putins Regime offen legt, hat sie noch etwas anderes nicht weniger beunruhigendes gezeigt: unorganisierte Inkompetenz.“

*Lesetipp:*

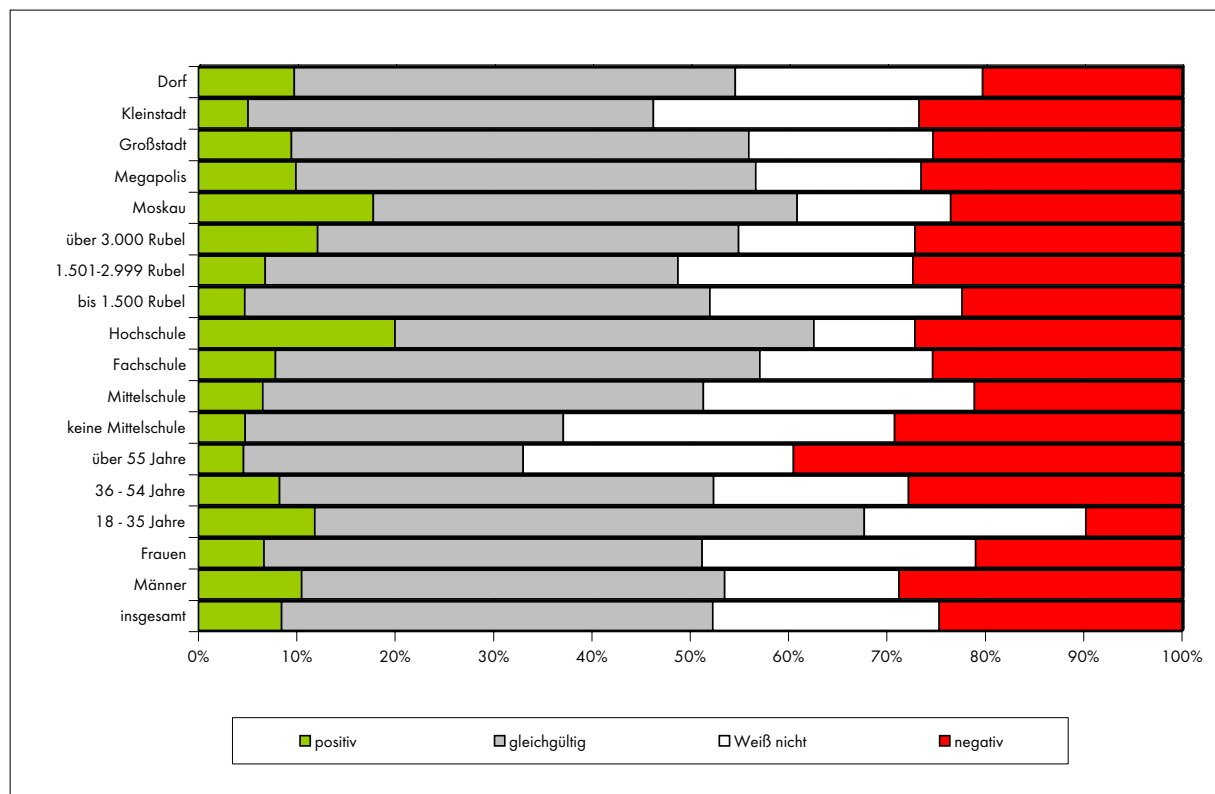
Heiko Pleines / Hans-Henning Schröder (Hg.): Die Jukos-Affäre. Zweite, aktualisierte Auflage. Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 64 (Juni 2005). Preis: 4 Euro + Porto

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

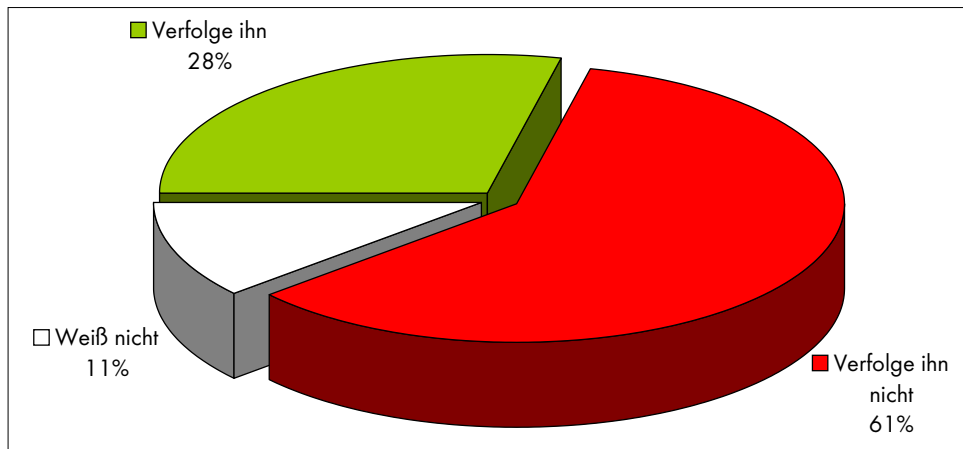
## Umfrage

### Der Prozess gegen Michail Chodorkowskij (Umfrage Mai 2005)

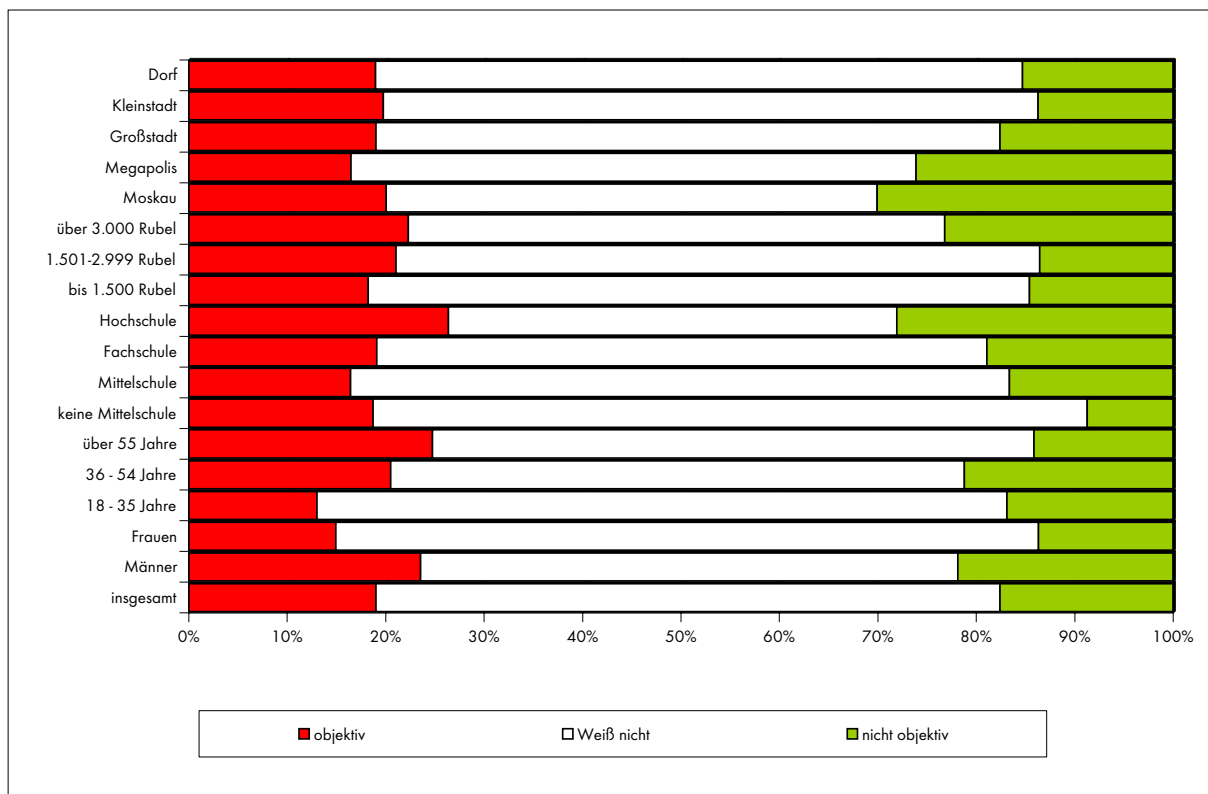
Wie stehen Sie zu Michail Chodorkowskij?



Verfolgen Sie den Prozess gegen Michail Chodorkowskij?



Ist der Prozess gegen Michail Chodorkowskij objektiv?



Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 21-22. Mai 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0521.zip>

Pressestimmen

Westliche Kommentare zum Chodorkowskij-Urteil

Rechtlos

Das Urteil gegen Michail Chodorkowskij und seine zwei Mitangeklagten zeigt, dass Russlands Strafverfolgungsbehörden unabhängig sind, nämlich unabhängig vom Recht. Dass die Richter die Einsprüche der Verteidigung als „unzutreffend und realitätsfern“ abschmetterten, weist auf die politische Realität hinter der juristischen Fassade hin. Das Gericht, das Chodorkowskij enteignet und für – zunächst – neun Jahre in die Unfreiheit des Arbeitslagers geschickt hat,

setzte sich damit ein Denkmal. Es gilt auch dem politischen Tod des Putin-Kompromisses zwischen (unpolitischen) Oligarchen und vermeintlich geschäftlich desinteressiertem Apparat.

Es wird eine Berufung geben und bis dahin wohl weiter Haft im Untersuchungsgefängnis „Matrosenruhe“; eine Verhandlung vor der europäischen Justiz, die Moskau als Einmischung in innere Angelegenheiten abtun wird; eine kurze Welle zivilgesellschaftlichen Protests. Das alles ändert nichts an der Umverteilung des neu-russischen Reichtums, dessen Ursprünge rechtlich gewiss nicht hasenrein sind, dessen Inhaber aber jedenfalls nun zu zittern und zu gehorchen haben. [...]

*Karl Grobe, Frankfurter Rundschau, 1.6.2005, S.3*

### **Willkür**

[...] Die demütigende Schwäche, die zwei Vertreter dieser oligarchischen Konkurrenten Putins angesichts der Willkür im Gerichtssaal zeigen müssen, verwechselt der Kremlherr indessen mit eigener Stärke. Sie verschafft ihm weder Vertrauen noch Rechtssicherheit, schon gar nicht das Investitionsklima, das Rußland dringend braucht, um über das Niveau eines Entwicklungslandes hinauszukommen. Putin mag für dieses Land einen Machtkampf gewonnen haben. Er hat es zugleich mit Füßen getreten.

*FAZ, 1.6.2005, S.1*

### **Kreml-Justiz**

[...] Der Kreml hat sich nicht getraut, Chodorkowskij wegen der tatsächlich zweifelhaften Vorgänge um die Insider-Privatisierung von Yukos anzuklagen oder wegen des Bankrotts seiner Menatep-Bank. Wäre dies geschehen, wäre der Prozess sehr schnell zu einer Abrechnung mit Putins Vorgänger Boris Jelzin geworden. In einem solchen Verfahren hätten dann hohe Staatsdiener der 90er-Jahre neben den Privatisierungsgewinnlern auf einer gemeinsamen Anklagebank gesessen. Zu diesem notwendigen Schritt aber fehlten Wladimir Putin wohl die Kraft, der Mut und vor allem auch das notwendige politische Durchsetzungsvermögen. [...]

*Handelsblatt, 1.6.2005, S.11*

### **Basmannij-Gerechtigkeit**

[...] Es ist die Aufgabe der öffentlichen Wachhunde während der gesamten, bewusst einlullenden Monotonie, die Unrecht oft begleitet, zu bellen. Dies ist in der Tat der zentrale Grund, weswegen wir diesen Fall heute wieder aufgreifen.

Chodorkowskij und seine Anhänger nennen diesen neuesten russischen Schauprozess „Basmannij-Gerechtigkeit“, nach dem Gericht, in dem der Prozess begann. Präsident Vladimir Putin und seine Schützlinge mögen das Rechtssystem so manipulieren können, dass es ihren politischen Interessen dient, aber es wäre eine Schande, wenn es ihnen gelänge die öffentliche Debatte über ihren Missbrauch zu beherrschen.

*The Wall Street Journal Europe, 1.6.2005, S. A8*

### **Russisches Eigentor**

[...] Der Unterschied zwischen Westlern und Russen liegt nicht in der Analyse, dass es sich um einen Schauprozess gehandelt hat, sondern in der Bewertung dieses Prozesses. Während der Europarat und zahlreiche europäische Politiker das Vorgehen für unvereinbar mit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit halten, sieht man dies in Russland oft ganz anders. Was schadet es, so wird mit einem gewissen Vergnügen gefragt, wenn ein skrupelloser Wirtschaftsboss einmal gezeigt bekommt, was eine Harke ist? Irgendwie wird er es schon verdient haben, er hätte sich eben zurückhalten müssen. [...]

Selbst wenn es der russischen Führung egal ist, dass sie infolge der Yukos-Affäre im Ausland massiv an Ansehen verloren hat, sollte ihr bewusst sein, was sie mit ihrem Vorgehen im eigenen Land anrichtet.

Und da ist die Wirkung verheerend. Die Weltbank stellte in ihrer jüngsten Russland-Studie fest, das Investitionsklima des Landes leide seit dem Beginn des Verfahrens gegen einzelne Yukos-Eigentümer und den Steuernachforderungen gegen das Unternehmen unter „erhöhter Unsicherheit“. [...]

*Nils Kreimeier, Financial Times Deutschland, 1.6.2005, S.31*

### **Fall Jukos lässt Handel kalt**

Der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Anton Börner, sieht die Kontakte der deutschen Industrie nach Russland durch die Verurteilung des Ölmagnaten Michail Chodorkowskij kaum beeinträchtigt. „Russland befindet sich in einem erheblichen Reformprozess, der auch den Rechtsbereich betrifft“, sagte Börner. „Auf Grund der starken Dynamik des russischen Marktes überwiegen trotz mancher Unsicherheit aber die positiven Investitionsentscheidungen, denn das Geschäft mit Russland entwickelt sich derzeit ausgesprochen gut.“

*Frankfurter Rundschau, 1.6.2005, S.9*

## Analyse

### Russische Unternehmer und die neue Ukraine

Margarita M. Balmaceda, Seton Hall University und Harvard University, USA

#### Zusammenfassung

Obwohl die westliche öffentliche Meinung der Ansicht ist, dass die Orangene Revolution in der Ukraine eine Niederlage für Russland bedeutet, zeichnet sich ein anderes Bild ab, sobald die Frage differenzierter betrachtet wird. Die ukrainische und die russische Wirtschaft sind weiter eng verbunden, vor allem in Branchen wie Schwerindustrie und Maschinenbau. Russland ist nach wie vor der Hauptgläubiger und der Hauptmarkt der Ukraine. Die Tatsache, dass die Verbindungen so eng sind, bedeutet, dass ungeachtet der offiziellen Politik der beiden Staaten Russland in der nahen Zukunft weiterhin bedeutende Trümpfe in den Beziehungen zur Ukraine in der Hand halten wird. Die Ölkrise vom Mai 2005 hat der Ukraine auf schmerzhaft Weise klar gemacht, dass die Abhängigkeit von Russland so stark wie eh und je ist, trotz der politischen Veränderungen. Gleichzeitig hat sich aber der politische Kontext des Verhältnisses geändert, was sowohl neue Möglichkeiten eröffnet als auch zu neuen Herausforderungen führt.

#### Das russische Unternehmertum in der Ukraine unter Präsident Kutschma

Die innenpolitische Schwäche des Regimes von Leonid Kutschma (1994–2004) führte dazu, dass es in zunehmendem Maß – sowohl wirtschaftlich als auch politisch – abhängig von Russland wurde, während es auf der anderen Seite für einige russische Unternehmen bedeutende Hürden in der Ukraine errichtete. Präsident Kutschmas häufig repressive und intransparente Politik führte dazu, dass er international immer isolierter wurde und er somit in eine Situation geriet, in der er mehr und mehr abhängig von russischer Unterstützung wurde. Mit wenig Reserven an Legitimität sowohl zu Hause als auch im Ausland, hatte Kutschma kaum andere Alternativen, als sich nach russischen Wünschen zu richten, vor allem in der Energiepolitik. So hatten russische Öl- und Gasfirmen bis zum Jahr 2004 durch wenig publik gemachte Vereinbarungen mit den Ölfirmen Gasprom und Transneft sogar die Kontrolle über einen Großteil des Öl- und Gashandels sowie der entsprechenden Infrastruktur der Ukraine erlangt.

Auf der anderen Seite kann man auch nicht sagen, dass das Kutschma-Regime russische Unternehmen besonders positiv behandelt hätte – das System von Verbindungen zwischen administrativ-bürokratischen Gruppen (die oft als regionale „Klans“ bezeichnet werden) und den politischen Machthabern führte dazu, dass Unternehmen, die kein „Dach“ durch den Schutz eines der Klans hatten, es sehr schwer hatten. Dies galt auch für ungeschützte ausländische Unternehmen – einschließlich russischer Unternehmen. Ein offensichtliches Beispiel ist die Privatisierung, wo ukrainische Insider eindeutig bevorzugt wurden und große Unternehmen zu Preisen kaufen konnten, die weit unter dem Marktwert lagen. Der russische Bieter Sewerstal zum Beispiel verlor bei der Privatisierung von Kryvorizhstal im Jahre 2004, obwohl er einen sehr viel höheren Preis geboten hatte als der ukrainische Konkurrent, eine Allianz zwischen Rinat Achmetow

(Donezk) und Wiktor Pintschuk (Dnepropetrowsk). Ein weiteres Gebiet, auf dem russische Unternehmen im Vergleich zu ukrainischen Insidern diskriminiert wurden, war der lukrative Mobilfunksektor. Die russische Firma Mobile TeleSystems (MTS) verlor durch Übergriffe der ukrainischen Regulierungsbehörde fast die Kontrolle über ihre ukrainische Tochterfirma UMC.

#### Wirtschaftsbeziehungen nach der Orangen Revolution

Obwohl die russische Unterstützung für den Pro-Establishment-Kandidaten Wiktor Janukowitsch ein Fehlschlag war, sind die russisch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen doch von Dauer. Wenn man die Interessen von russischen Unternehmen in der Ukraine, die Haltung der russischen Wirtschaft gegenüber der neuen ukrainischen Regierung und die Politik der neuen ukrainischen Regierung im Hinblick auf russisches Kapital betrachtet, so erhält man ein differenziertes Bild der Lage.

Die russischen Öl- und Gasfirmen sind hauptsächlich an der Ukraine als Transitland und als Konsument interessiert. Für die russischen Öl- und Gasfirmen, die in der Ukraine tätig sind, sind ein stabiles Umfeld für den Transit und der Erwerb von Pipelines und Lagerungsinfrastruktur, die zur nach Westeuropa orientierten Exportstrategie dieser Firmen kompatibel sind, prioritär. Als Erweiterung dieser Strategie haben russische Firmen verschiedene andere wichtige industrielle Aktiva in der Ukraine erworben. Gleichzeitig ist die Ukraine mittlerweile zu einem lukrativen und zahlungskräftigen Markt für russische Firmen geworden.

Bei der Analyse der Interessen des russischen Unternehmertums in der Ukraine ist jedoch zu beachten, dass es vielfältige Interessen innerhalb dieser Firmen geben kann, die manchmal einen Synergie-Effekt erzeugen, manchmal sich aber auch gegenseitig



widersprechen können. Dies ist vor allem der Fall in staatlich kontrollierten Firmen wie Gasprom, wo die Unternehmensinteressen nicht immer mit denen des russischen Staates übereinstimmen, wo aber auch die Interessen des leitenden Managements oft andere waren als die eigentlichen Unternehmensinteressen. Ein Beispiel für die Wirkung dieser indirekten Beziehungen zwischen Staat und Energiesektor auf die Beziehungen mit der Ukraine sind Unternehmen, die formal im Staatsbesitz sind, die aber von einigen ihrer Topmanager für die Verfolgung eigener Interessen benutzt werden, insbesondere für den Abzug von Finanzmitteln aus dem staatlichen Unternehmen in die eigene Tasche.

Tatsächlich haben einige russische Unternehmen in der Ukraine sogar von der weit verbreiteten Intransparenz in den ukrainischen Energiemärkten profitiert. Sie verschaffte russischen Firmen einen wichtigen Vorteil, da vor allem russische Firmen die „Expertise“ haben, um auf dem post-sowjetischen grauen Markt profitabel (wenn auch nicht immer völlig legal) zu arbeiten.

Russische Energieunternehmen haben wohl am meisten von den Absprachen und Manipulationen der Kutschma-Periode profitiert, während russische Unternehmen aus anderen Branchen, wie etwa Metallindustrie und Telekommunikation, die Opfer dieses Systems waren. Der Grund, dass russische Energieunternehmen besser mit dem Kutschma-System zurechtkamen als russische Unternehmen aus anderen Branchen, war, dass im Energiesektor die größten Profite gemacht werden konnten und dies daher eine Branche war, in der beide Seiten in großem Maße profitieren konnten: Das Regime und ihm nahe stehende Unternehmen konnten bedeutende Gewinne abschöpfen, die benutzt werden konnten, um Wahlkämpfe zu finanzieren und Koalitionen zu schmieden. Russische Energieunternehmen und ihre Manager konnten beträchtliche Gewinne sowohl für ihre Firmen als auch für sich persönlich einstreichen.

### Die Haltung von russischen Unternehmen gegenüber der neuen Regierung

Die russische Unterstützung für Wiktor Janukowitsch gab der Juschtschenko-Koalition die Möglichkeit, Opposition gegen Korruption, die durch Russland oder russische Unternehmen gefördert wurde, im Wahlkampf als wichtigen Slogan zu benutzen. Zweifellos stellt die Niederlage von Janukowitsch eine Niederlage der offiziellen russischen Politik in der Ukraine dar. Nach dem Regimewechsel sind aber eine Reihe von Trends sichtbar geworden, die darauf hindeuten, dass die Rolle von russischen Unternehmen komplexer ist, als nur eine Waffe Moskaus in der Unterstützung für ein korruptes Regime zu sein. Diese neuen Trends können sowohl in der Einstellung der neuen Regierung gesehen werden, als auch in der Haltung von russischen Unternehmen.

Viele russische Unternehmen (vor allem in Branchen außerhalb des Energiesektors) sahen den Regierungswechsel als Chance: Erstens als Chance, um

von den neuen und transparenten Spielregeln zu profitieren, die Juschtschenko anbot, waren doch viele russische Unternehmen Opfer des Insiderkapitalismus und der Insiderprivatisierung geworden, die für das Regime Kutschma typisch war. Zweitens sahen viele russische Unternehmen die angekündigte Neuprivatisierung als Möglichkeit: sollte dieser Prozess fair vonstatten gehen und Unternehmen dem höchsten Bieter angeboten werden, würden viele von ihnen an russische finanzielle und industrielle Holdings verkauft werden. Drittens sahen viele russische Unternehmer, die durch die wachsenden autoritären Tendenzen des russischen Staates beunruhigt waren, Juschtschenkos Ukraine mit ihren Versprechen einer transparenten Politik und der Trennung von Staat und Wirtschaft als Chance, auf bekanntem Terrain zu investieren und Geschäfte fortzusetzen, ohne die wachsenden Einschränkungen, die ihnen durch das Putin-Regime in Russland aufgelegt werden. Insgesamt kann der Schluss gezogen werden, dass sich zwischen den geopolitischen Interessen des Kremls und den Interessen einiger russischer Unternehmen in der Ukraine eine Kluft aufgetan hat, die die Kiewer Führung im eigenen Interesse nutzen kann.

### Haltung der jetzigen ukrainischen Regierung gegenüber russischen Investoren

Wie hat die ukrainische Regierung diese Chance genutzt? Anscheinend nicht zum Besten, was die Spannung zwischen zwei Haltungen zu russischem Kapital widerspiegelt, die in Juschtschenkos Regierung seit ihrer Amtseinführung am 23. Januar 2005 existiert haben.

Die Tatsache, dass die Orangene Revolution mit einem Pakt zwischen einigen der vorher existierenden Eliten und nicht mit einer allgemeinen Konfrontation endete, bedeutet, dass die politischen Interessenkonstellationen (inklusive der Implikationen für das russische Kapital) sich nicht diametral geändert haben. Dies wird besonders im Energiesektor deutlich, wo einiger der Hauptbefürworter einer pro-russischen Transitpolitik ihre staatlichen Ämter behalten haben.

Wir können zwei Einstellungen zu einer „friedlichen Koexistenz“ russischen Kapitals mit der neuen ukrainischen Regierung ausmachen: Auf der einen Seite gibt es den Wunsch, russische Unternehmen als Gegengewicht zu einer Dominanz ukrainischer Oligarchenclans zu benutzen, auf der anderen Seite existiert eine Konfliktposition, die russische Unternehmen für viele der Probleme, mit denen die ukrainische Wirtschaft konfrontiert wird, verantwortlich macht.

### Russische Unternehmen als Verbündete im Kampf gegen ukrainische Oligarchen

Die neue ukrainische Regierung weiß sehr wohl, dass sie aus wirtschaftlichen, außen- und innenpolitischen Gründen gute Beziehungen zu russischen Unternehmen braucht. Bezeichnend für Juschtschenkos Interesse an russischen Unternehmenskreisen ist seine Ernennung des russischen liberalen Politikers Bo-

ris Nemzow zum Berater. Gleichzeitig haben Präsident Juschtschenko und Premierministerin Tymoschenko russische Unternehmen als wichtigen Verbündeten im Konflikt mit einheimischen Oligarchen, die mit dem Kutschma-Regime in Verbindung standen, angesehen. Diese Strategie wird besonders deutlich am Fall des Konfliktes zwischen dem russischen Bürger Konstantin Grigorischin und dem Führer eines Klans aus der Kutschma-Ära, Hryhory Surkis, über die Kontrolle von regionalen Stromversorgern und anderen Unternehmen des Kiewer Clans von Surkis, der auch den Fußballverein Dynamo Kiew umfasst. Hier benutzte die ukrainische Regierung Grigorischins Versuche, den Anspruch auf sein Eigentum durchzusetzen, um die Position von Surkis zu schwächen.

### Russische Unternehmen als Feind und Sündenbock

Trotz offizieller Erklärungen darüber, dass gute Beziehungen zu Russland nötig und wünschenswert sind, hat die neue ukrainische Regierung *de facto* russische Unternehmen in einer Reihe von Fällen als feindlich dargestellt und sie als Sündenbock für innenpolitische Probleme benutzt. Das offensichtlichste Beispiel hierfür ist die Benzinkrise im April 2005. Als die Benzinpreise übernacht um 10–15% stiegen, legte Premierministerin Tymoschenko gegenüber russischen Ölraffinerien eine ziemlich harte Haltung an den Tag. Sie beschuldigte die russischen Ölfirmen, ihre Monopolstellung (russische Raffinerien liefern 80% allen Benzins, das in der Ukraine verkauft wird) und Kartellvereinbarungen zu benutzen, um dem ukrainischen Markt höhere Preise aufzuzwingen. Tymoschenko verordnete eine Reihe von interventionistischen Maßnahmen wie Preisobergrenzen und ein Verbot von Benzin- und Dieselexporten.

#### Über die Autorin

Margarita M. Balmaceda promovierte im Bereich Politikwissenschaft der Universität Princeton (1996) und schloss post-doktorale Studien an der Universität Harvard ab (1996–1997). Sie ist Assoziierte Professorin an der John C. Whitehead School of Diplomacy and International Relations, Seton Hall Universität und Associate am Harvard Ukrainian Research Institute und am Davis Institute for Russian and Eurasian Studies an der Universität Harvard. 2005–2006 ist sie Humboldt Fellow am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Gießen, wo sie an einem Buch über das „komparative Management von Energieabhängigkeit in der postsowjetischen Welt“ arbeitet.

#### Lesetipps:

- Margarita M. Balmaceda, „Ukraine’s Persisting Energy Crisis,” *Problems of Post-Communism* Vol. 51 No. 4 (July–September 2004), S. 40–50
- Tor Bukvoll, „Private Interests, Public Policy: Ukraine and the Common Economic Space Agreement,” *Problems of Post-Communism* Vol. 51 No. 5 (September–October 2004), S. 11–22
- Heiko Pleines, *Ukrainische Seilschaften*, Münster (LIT-Verlag) 2005
- Rosaria Puglisi, „Clashing Agendas? Economic Interests, Elite Coalitions and Prospects for Co-operation between Russia and Ukraine,” *Europe-Asia Studies* Vol. 55 No. 6 (September 2003), S. 827–845
- Keith C. Smith, „Russian Energy Politics in the Baltics, Poland and Ukraine: A New Stealth Imperialism,?” (Washington, Center for Strategic and International Studies, 2004)

Obwohl die „freiwillige“ Annahme der Preisobergrenzen durch die russischen Ölfirmen im April als Anzeichen für einen Kompromiss zwischen beiden Seiten gewertet wurde, hatten diese Obergrenzen bis Mitte Mai zu einem Benzindefizit geführt, und die Regierung beschloss, die Obergrenze anzuheben, während sie gleichzeitig die russischen Firmen beschuldigte, als Vergeltung gegen die ukrainische Regierung Öleinfuhren in die Ukraine einzustellen.

#### Ausblick

Obwohl die beiden oben beschriebenen Haltungen zu russischem Kapital wahrscheinlich auch weiterhin koexistieren werden, führten bis Mai 2005 eine Reihe weitere Faktoren zu einer verstärkten Konfrontationshaltung zwischen beiden Seiten: Erstens hat die verwirrende und oft widersprüchliche Regierungspolitik zur Renationalisierung und Neuprivatisierung von Firmen zu Unsicherheit und Furcht unter ausländischen, auch russischen, Investoren geführt. Dies führte seinerseits zu einer vorsichtigeren Haltung russischer Unternehmen zum Juschtschenko-Regime. Zweitens hat die Tatsache, dass einige von der ukrainischen Polizei gesuchte prominente Korruptionsverdächtige Zuflucht in Moskau gefunden haben, nicht gerade geholfen.

Obwohl letztendlich die Antwort auf die Frage, welche Position die ukrainische Regierung zu russischen Holdings in der Ukraine einnehmen wird, immer noch nicht klar ist, ist es doch eindeutig, dass unterschiedliche Perspektiven zu diesem Problemkreis eng mit dem Zusammenspiel von Politikzielen und wirtschaftlichen Interessen im Juschtschenko-Lager selbst verbunden sind.

*Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann  
Redaktion: Heiko Pleines*

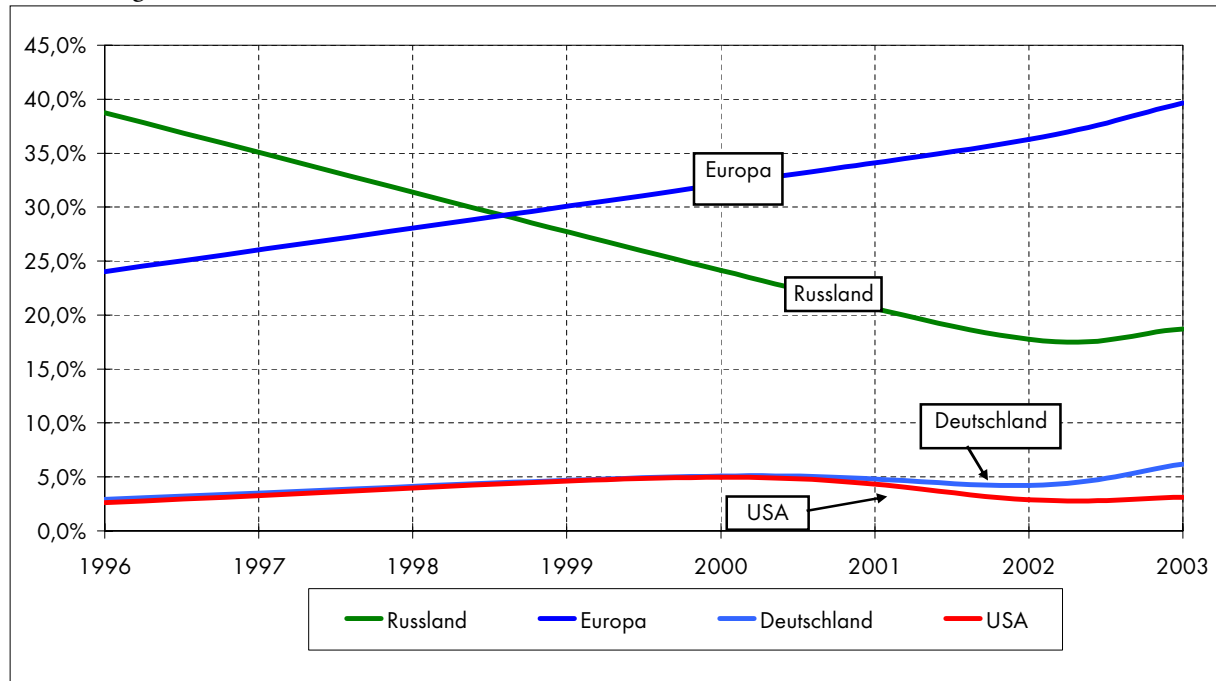


**Statistik**

## Ukrainische Handelspartner

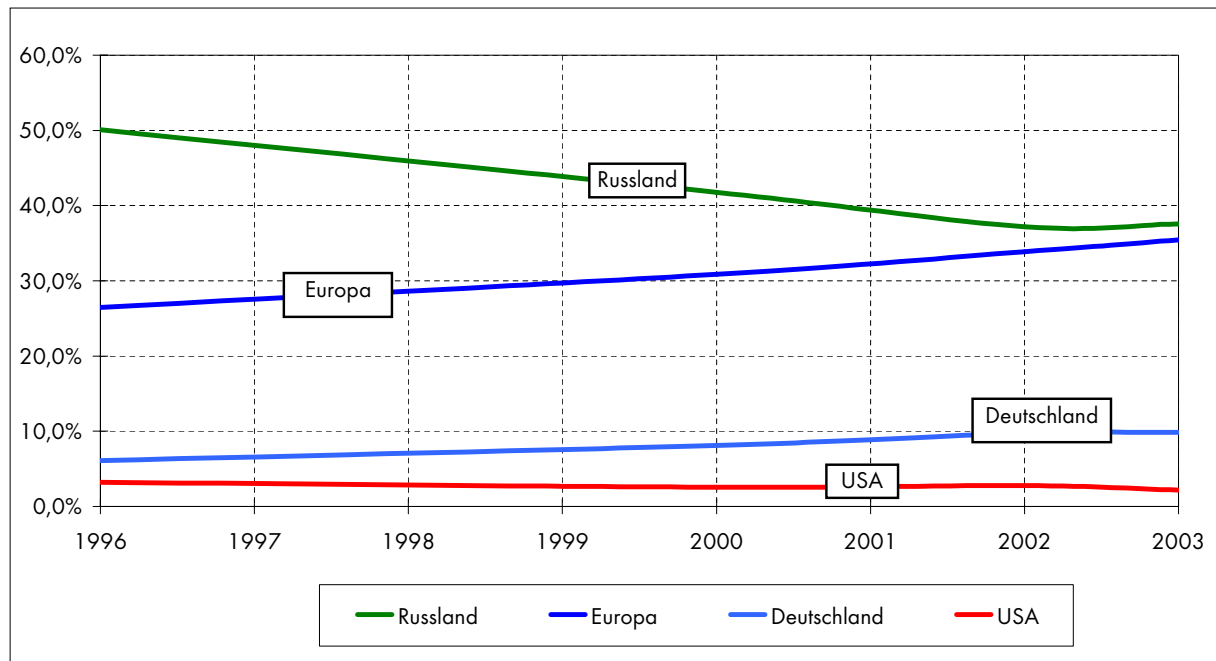
### Ukrainische Exporte 1996–2003

(Anteil ausgewählter Länder, in %)



### Ukrainische Importe 1996–2003

(Anteil ausgewählter Länder, in %)



Anm.: „Europa“ bezeichnet hier den Kontinent Europa ohne die GUS-Staaten.

Quelle: State Statistics Committee of Ukraine: Ukraine in figures in 2003, Kyiv 2004, S. 142–145

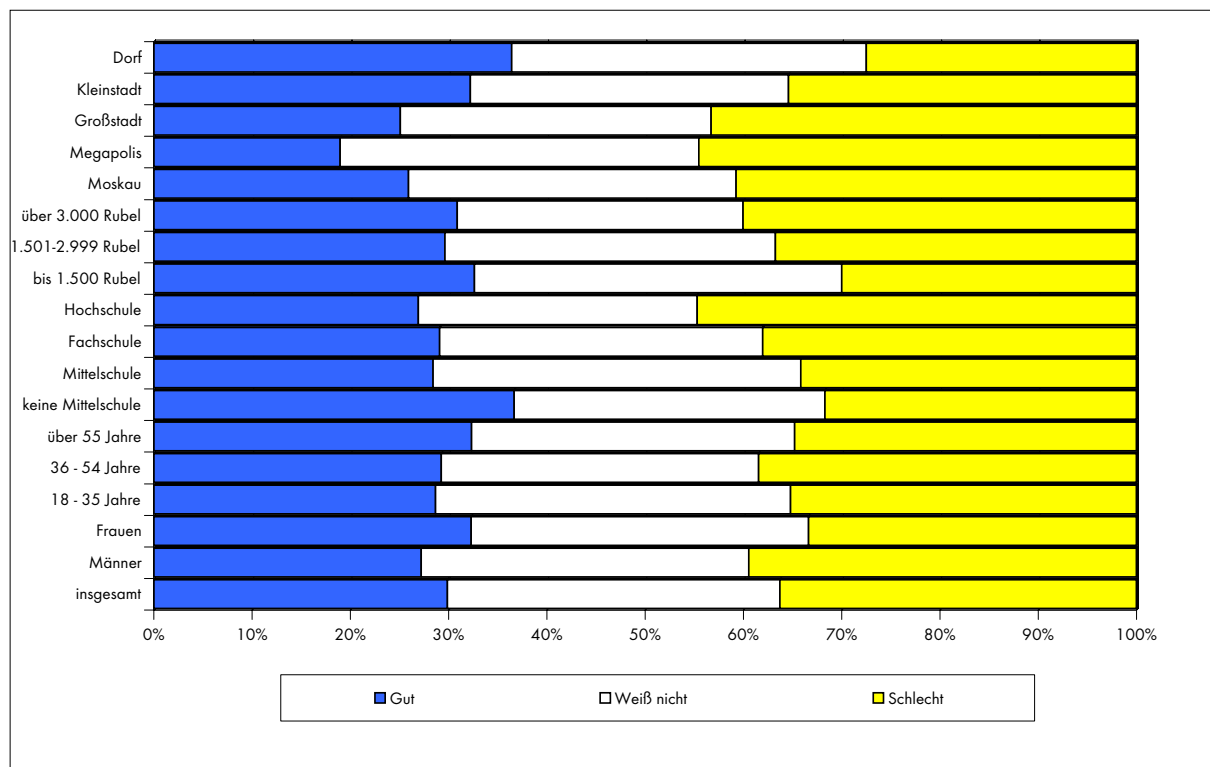
**Ausländische Direktinvestitionen in der Ukraine 1996-2004**

	1996	2001	2002	2003	2004
Insgesamt (Mio. US Dollar)	896,9	3.875,0	4.555,3	5.471,8	6.657,6
<b>Anteil einzelner Länder in %</b>					
USA	20,4%	16,5%	17,1%	16,3%	16,1%
Zypern	5,7%	9,7%	10,8%	12,3%	11,7%
Großbritannien	6,0%	8,1%	9,1%	9,8%	10,3%
Niederlande	5,2%	9,3%	8,2%	7,2%	7,0%
Deutschland	17,5%	6,2%	5,5%	5,8%	6,6%
Virgin Islands	0,6%	5,0%	6,0%	6,3%	5,7%
Russland	5,6%	7,4%	6,9%	5,9%	5,7%
Schweiz	4,3%	4,2%	4,9%	5,0%	4,8%
Österreich	1,8%	3,2%	3,2%	3,9%	3,8%
Republik Korea	0,0%	4,4%	3,7%	3,1%	2,6%
Polen	2,3%	1,6%	1,5%	1,8%	2,3%
Ungarn	2,2%	1,3%	1,3%	1,5%	1,9%
Schweden	2,1%	2,0%	2,0%	1,7%	1,8%
Italien	2,1%	1,9%	1,8%	1,6%	1,4%
Liechtenstein	9,4%	1,9%	1,0%	1,3%	1,3%
Andere Länder	14,7%	17,2%	17,0%	16,5%	17,0%

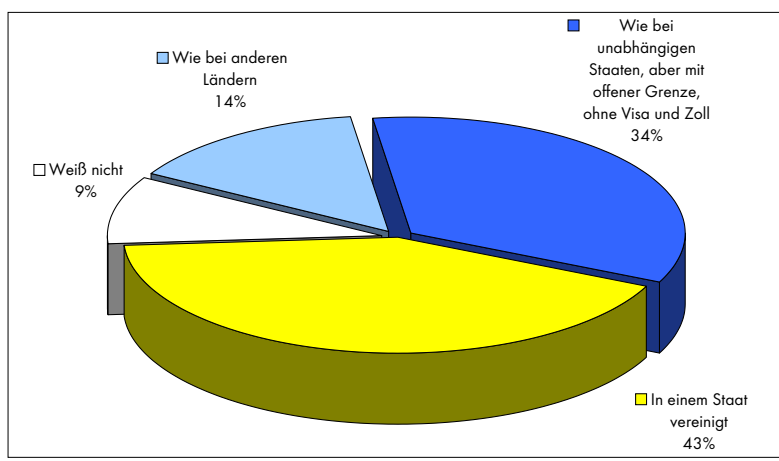
Quelle: State Statistics Committee of Ukraine: Ukraine in figures in 2003, Kyiv 2004, S. 157

**Umfrage**
**Beziehungen mit der Ukraine aus russischer Sicht**

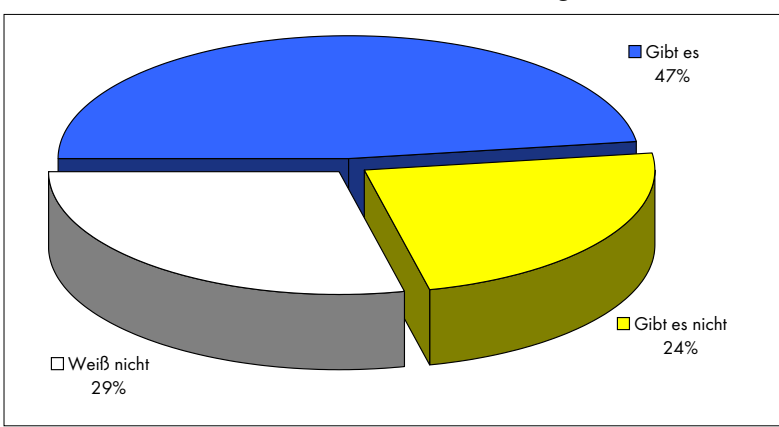
Wie sind heute die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine?



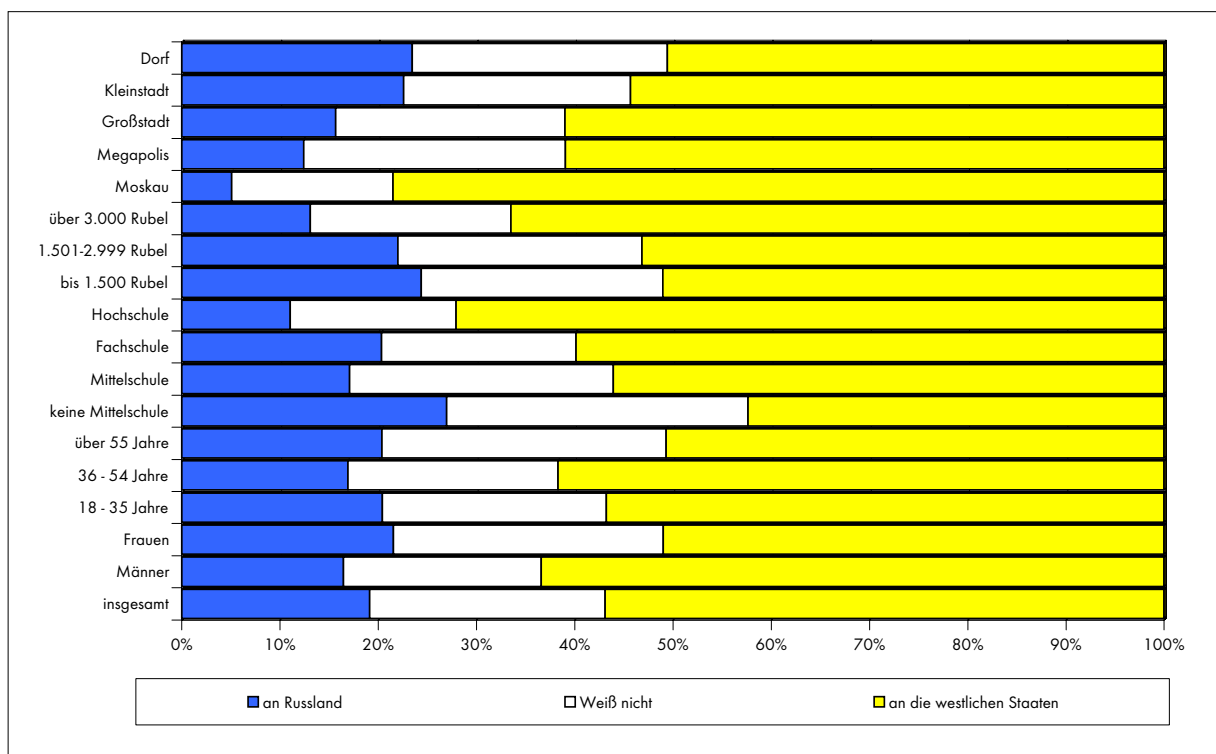
Wie sollten die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine sein?



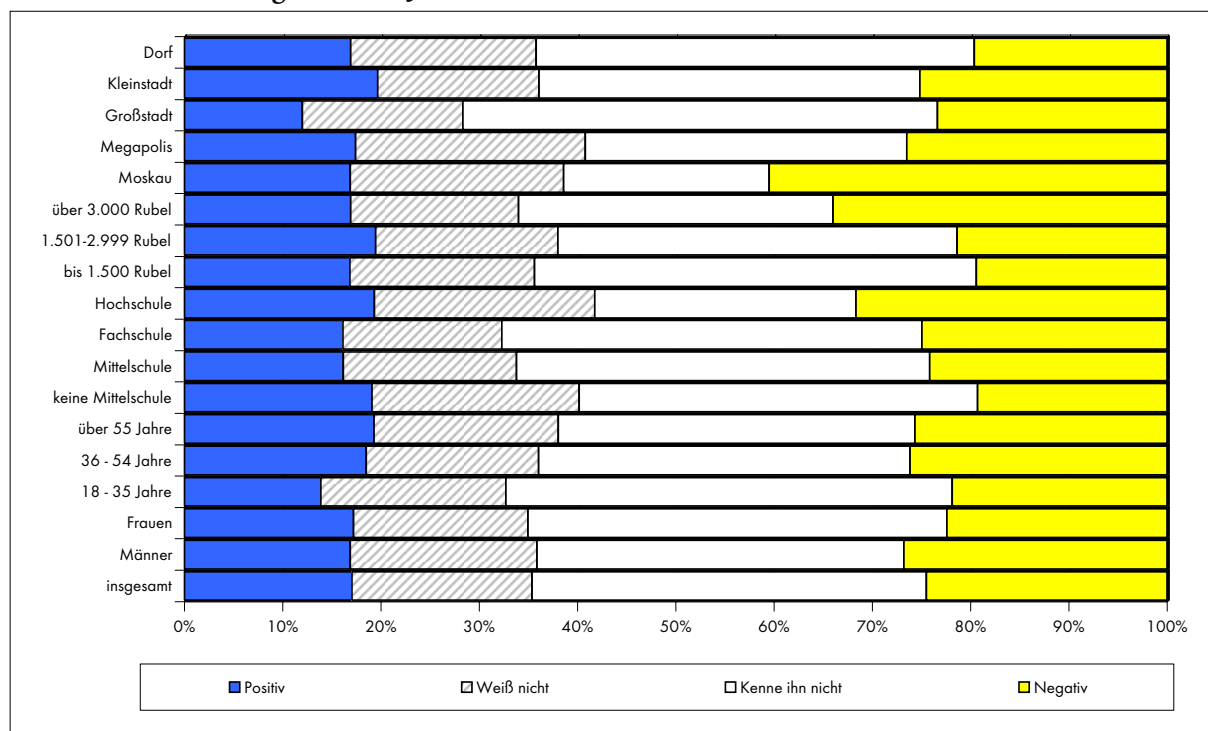
Gibt es heute zwischen Russland und der Ukraine Unstimmigkeiten oder Streit?



Strebt die Ukraine heute eher eine Annäherung an Russland oder an die westlichen Staaten an?



## Wie ist Ihre Einstellung zu Viktor Juschtschenko?



Nach: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 26.-27. März 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0513.zip> 27. Mai 2005

## Analyse

### Russische Unternehmen und die neuen EU-Mitgliedsländer

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

#### Zusammenfassung

Russische Erdöl- und Erdgasfirmen, allen voran Gasprom, Lukoil und Jukos, bemühen sich bereits seit den 1990er Jahren intensiv um Zugang zum EU-Endverbrauchermarkt, da die Lieferung an den Endverbraucher deutlich höhere Gewinne bringt als der Export bis zur Grenze. Vor allem die Erdölfirmer konnten hier aber keine Erfolge verbuchen. Mit der EU-Osterweiterung wurden Investitionen in den neuen EU-Mitgliedsländern deshalb als Eintrittskarte in die EU gesehen. Aufgrund der engeren wirtschaftlichen Verflechtung mit den ehemals sozialistischen Ländern konnten russische Firmen hier besseren Zugang finden. Ihr Engagement schürte in den neuen EU-Mitgliedsländern aber gleichzeitig politische Ressentiments gegenüber einem Ausverkauf nationaler Interessen an Russland.

#### Interesse am EU-Endverbraucher

Die kommerziellen privaten Öl- und Gasunternehmen, die die russische Produktion in der ersten Hälfte der 1990er Jahre übernahmen, entwickelten bald ein Interesse, sich auf dem Endverbrauchermarkt der EU zu etablieren, da der Direktverkauf von Erdölprodukten und die Lieferung von Erdgas an den Endverbraucher Profite zulassen, die um einiges höher sind, als diejenigen, die durch den Verkauf von Rohprodukten an der Grenze entstehen.

Der russische Erdgasmonopolist Gasprom war das erste russische Energieunternehmen, das sich auf dem EU-Endverbrauchermarkt etablierte. Gasprom baute

auf der strategischen Partnerschaft mit der deutschen Firma Ruhrgas auf, die im Jahre 1970 begann, als der erste Liefervertrag zwischen der Sowjetunion und Ruhrgas unterschrieben wurde. Ruhrgas schien jedoch unwillig, seinem russischen Partner Zugang zu diesem profitablen Segment des Erdgasmarktes zu gewähren, daher unterschrieb Gasprom eine Kooperationsvereinbarung mit Wintershall, einer Tochterfirma von BASF und einem der Haupttrivalen von Ruhrgas auf dem deutschen Erdgasmarkt. Die Vereinbarung beinhaltete den gemeinsamen Verkauf von russischem Erdgas wie auch die gemeinsame Planung und den gemeinsamen Bau von Gasleitungen

und -lagereinrichtungen in Deutschland und in den benachbarten Ländern. Die Kooperation mit Wintershall bot Gasprom einen dauerhaften Zugang zur westeuropäischen Gasversorgung. Ruhrgas musste die Strategie seines Hauptlieferanten akzeptieren und intensivierte seinerseits die Zusammenarbeit mit Gasprom. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erwarb Ruhrgas 5% Anteile an dem russischen Unternehmen und erhielt damit einen Sitz im Aufsichtsrat.

Russische Ölfirmen fanden es viel schwerer, einen Zugang zum EU-Endverbrauchermarkt zu erhalten. Erstens war der Ölmarkt der EU liberalisiert und wurde durch multinationale Unternehmen dominiert, die in einer viel stärkeren Position als die nationalen Erdgasfirmen waren, die in einer hoch reglementierten Umgebung agierten. Zweitens ist es für Ölfirmen mit Sitz in der EU viel leichter, Lieferungen zu diversifizieren als für Erdgasfirmen mit Sitz in der EU, die fast völlig von Lieferungen per Pipeline abhängig sind. Dementsprechend sahen EU-basierte Ölfirmen keinen Grund für strategische Partnerschaften mit russischen Firmen.

#### Engagement in den neuen EU-Mitgliedsländern

Mit dem Näherrücken der Osterweiterung der EU haben russische Unternehmen Investitionen in EU-Beitrittsländer zunehmend als Eintrittskarte in den EU-Binnenmarkt gesehen. Als die Öl- und Erdgasunternehmen in den neuen EU-Mitgliedsländern privatisiert wurden, kam der überwiegende Anteil an russischen Direktinvestitionen in die erweiterte EU aus der Öl- und Gasindustrie. Gasprom hat in Erdgastransport und -handelsfirmen in neun der 15 alten EU-Staaten und in sieben der zehn neuen Mitgliedsländer investiert. Die großen russischen Ölunternehmen, darunter zuallererst Lukoil und Jukos, haben an allen größeren Privatisierungsauctionen von Raffinerien teilgenommen, wenn auch mit begrenztem Erfolg, und haben ein Tankstellennetzwerk aufgebaut. Insgesamt haben russische Ölfirmen nur in drei der alten EU-Mitgliedsstaaten Aktiva gekauft, aber in allen sieben neuen EU-Mitgliedsländern, die früher dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) angehörten. (Siehe die Tabellen auf den Seiten 15 und 16)

Versuche von russischen Energieunternehmen, in den neuen EU-Mitgliedsländern zu investieren, haben zu beträchtlichen Spannungen geführt. Politischer Widerstand gegen russische Investoren führte oft zu jahrelangen Verzögerungen und politischen Skandalen. In Litauen trat 1999 ein Premierminister wegen eines Streites zwischen amerikanischen und russischen Firmen um einen Anteil an der nationalen Ölfirma, Mazeikiu Nafta, zurück. Erst 2002 wurde schließlich eine Vereinbarung mit Jukos getroffen. Gasprom benutzte eine Scheinfirma mit Sitz in der EU für eine unfreundliche Übernahme der ungarischen Chemiefirma Borsodchem im Jahre 2000, gegen den Widerstand der ungarischen Regierung und unter beträchtlichem politischem Protest. Die polnische Regierung

änderte die Privatisierungsstrategie für die Danziger Erdöl-Raffinerie nach einer Bewertung des politischen Risikos, das ein erfolgreiches Angebot von Lukoil mit sich bringen würde, sodass das russische Unternehmen keine Chance hatte, zu gewinnen. Dementsprechend haben sich Investitionen von russischen Firmen im Großen und Ganzen auf Gasleitungen und Tankstellen beschränkt.

Meistens war die russische Außenpolitik nicht imstande, die Investitionsangebote von russischen Firmen wirksam zu fördern, da die russische Regierung kein außenpolitisches Instrument zur Verfügung hatte, um die Position der betroffenen Länder zu ändern. Im Gegenteil, russische Versuche, Druck zugunsten von russischen Unternehmen auszuüben, wären als Beweis dafür interpretiert worden, dass Russland in einer Verbindung von Politik und Wirtschaft versucht, ehemalige sozialistische Länder zu dominieren. Im Endergebnis agierten russische Unternehmen oft ohne merkbare Unterstützung durch die russische Außenpolitik. Wenn sie mit starker Diskriminierung konfrontiert wurden, bildeten sie Konsortien mit westlichen Firmen oder benutzten Scheinfirmen, um ihren russischen Ursprung zu verschleiern. In diesem Zusammenhang ist argumentiert worden, dass russisches Fluchtkapital hinter vielen zypriotischen Investitionen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten steht.

Eine Ausnahme von dieser Regel sind die baltischen Staaten. Hier benutzten russische Erdöl- und Erdgasunternehmen Druck, vor allem die Unterbrechung von Energielieferungen, als Instrument bei Übernahmeversuchen von Energiefirmen. Da russische Ölleitungen von einem Unternehmen betrieben werden, dass sich im Staatsbesitz befindet und ein staatliches Management hat, bedeuten Unterbrechungen von Öllieferungen implizit die stillschweigende Zustimmung der russischen Regierung. Dies passt zur generell aggressiveren russischen Politik gegenüber den baltischen Staaten und zur aggressiveren Strategie von russischen Öl- und Gasunternehmen gegenüber Ländern auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Dies soll anhand von zwei Fallstudien verdeutlicht werden.

#### Fallstudie 1: die polnische Raffinerie Danzig

Nach langen Debatten einigte sich die polnische Regierung Anfang 1998 auf einen Privatisierungsplan für die polnische Ölindustrie. Die Raffinerie Danzig, eine der ersten Ölfirmen, die privatisiert werden sollte, sollte im ersten Quartal 1999 an einen strategischen Investor verkauft werden. Da jedoch kein Investor bereit war, den geforderten Preis zu bezahlen, wurde 1999 ein alternativer Privatisierungsplan für die Raffinerie Danzig formuliert. Im Sommer 2000 wurde die Raffinerie ein weiteres Mal für einen strategischen Investor ausgeschrieben. Bis zum September hatten insgesamt 13 Investoren ein Angebot vorgelegt.

Nach langen Verhandlungen wurde im August 2001 verkündet, dass die britische Rotch Group die



Siegerin im Ausschreibungsverfahren für einen 75%-Anteil an der Raffinerie Danzig war. Die Vereinbarung wurde im Oktober 2001 von der neu gewählten polnischen Regierung akzeptiert. Rotch konnte jedoch keine Beweise vorlegen, dass sie imstande war, 1 Mrd. US-Dollar an Investitionen zu leisten. Für neue Verhandlungen bildete Rotch ein Konsortium mit der russischen Erdölfirma Lukoil. Die staatliche Ölfirma Nafta Polska stimmte dem Deal zu. Die Teilnahme von Lukoil führte jedoch zu politischem Widerstand. Der Präsident von Lukoil, Wagit Alekperow, kam im September 2002 nach Warschau, um zu versuchen, die polnische Regierung von den Vorteilen eines solchen Deals zu überzeugen. Ministerpräsident Leszek Miller stoppte das Geschäft jedoch mit einem ausdrücklichen Verweis auf das politische Risiko von russischen Investitionen in der polnischen Ölindustrie.

Dies führte dazu, dass Rotch Energy im November 2002 ein neues Konsortium mit der polnischen Ölholding PKN Orlen gründete. Lukoil bildete jetzt ein Konsortium mit Konsorcjum Gdanskie, einer Gruppe von Privatbesitzern polnischer Tankstellen. Obwohl die Regierung gegen das Angebot von PKN Orlen war, da es zu einem Monopol in der Ölbranche geführt hätte, wollte sie das höhere Gebot von Lukoil/Konsorcjum Gdanskie nicht in Erwägung ziehen. Im Februar 2003 setzte sich der russische Ministerpräsident Michail Kasjanow während eines Treffens mit dem polnischen Ministerpräsident Leszek Miller in Warschau für Lukoil ein. Im Mai 2003 legte Lukoil ein weiteres Mal sein Angebot für die Raffinerie Danzig vor, worauf PKN Orlen mit der Ankündigung reagierte, das eigene Angebot zu erhöhen.

Die Regierung gab jedoch die Verhandlungen auf und beschloss, die Raffinerie Danzig in die staatlich kontrollierte Grupa Lotus zu integrieren, die vier Ölraffinerien zusammenfasst. Seitdem haben sowohl Lukoil wie auch PKN Orlen wiederholt ihr Interesse am Kauf entweder der Raffinerie Danzig oder der Grupa Lotus geäußert. Auf der Suche nach einem Kompromiss machte Lukoil auch den Vorschlag, die Raffinerie zu leasen. Die Regierung hat jedoch kein neues Angebot gemacht.

Im Herbst 2004 kam ein Skandal ans Licht, als ein Parlamentsausschuss Zugang zu Geheimdienstunterlagen erhielt, die die Behauptung enthielten, dass Jan Kulczyk, ein polnischer Geschäftsmann mit einem Minderheitenanteil an PKN Orlen, einem russischen Geheimdienstagenten politische Unterstützung für das Angebot von Lukoil angeboten hatte. Obwohl die Untersuchung des Falls noch nicht abgeschlossen ist, ist offensichtlich, dass Geheimdienstaktionen im Prinzip russischen Investoren nützlicher sein können als offene politische Unterstützung. Wie jedoch der Kulczyk-Skandal gezeigt hat, wird öffentliches Misstrauen über russische politische Einmischung wahrscheinlich für lange Zeit jede größere russische Investition in Polen blockieren. (Eine Dokumentation polnischer Reaktionen folgt ab Seite 17)

## Fallstudie 2: die litauische Mazeikiu Nafta

Mazeikiu Nafta, die aus der Mazeikiu-Raffinerie, dem Butinge-Rohölexportterminal und dem litauischen Pipelinesystem besteht, ist Litauens größtes Industrieunternehmen, das für ca. 10% des litauischen Bruttoinlandsproduktes und ungefähr ein Viertel der Steuereinnahmen verantwortlich ist. Traditionell erhält Mazeikiu ihre Öllieferungen aus Russland, wobei Jukos, TNK und Lukoil die Hauptlieferanten waren. Lukoil wurde auch der russische Koordinator für Ölexporte in das Baltikum. Mazeikiu Nafta setzte jedoch mehr und mehr auf westliche Märkte für ihre Produkte, wofür sie mit BP-Amoco eine langfristige Verkaufs- und Vertriebsvereinbarung abschloss.

Die Integration in westliche unternehmerische Strukturen sollte durch einen strategischen Investor abgesichert werden. 1998 erklärte sich das US-Unternehmen Williams International bereit, 33% Anteile von Mazeikiu Nafta zu kaufen. Als der litauische Staatliche Eigentumsfond im Januar 1999 ankündigte, dass 1999 weitere 33% verkauft würden, gab Williams International sein Interesse an einer Mehrheitsbeteiligung an der Raffinerie kund.

Dem stellte sich Lukoil entgegen, das selber ein Interesse an einem Anteil an der Raffinerie hatte. Lukoil stellte Öllieferungen an Litauen im Januar und ein weiteres Mal im Mai 1999 ein und zwang die Raffinerie damit, den Betrieb einzustellen. Im Juni bekräftigten jedoch der Aufsichtsrat von Williams und die litauische Regierung ihre Absicht, die frühere Vereinbarung über den Verkauf von 33% Anteilen zu implementieren. Im selben Monat billigte das litauische Parlament den Plan von Williams, seinen Anteil auf 66% zu erhöhen. Nichtsdestotrotz kam eine endgültige Vereinbarung zwischen Williams und der Regierung wiederum nicht zustande.

Im Oktober 1999 meldeten litauische Medien, dass Jukos ein Interesse an 12% Anteilen hatte, wofür es bereit war, langfristig Lieferungen zu garantieren. Lukoil erhöhte wiederum den Druck. Ein russischer Ölmanager drohte, dass Rohöllieferungen nach Litauen fast vollständig gestoppt würden, was die Raffinerie zu „Schrott“ verwandeln würde, wenn Lukoil nicht 33% Anteile an Mazeikiu Nafta erhalte. Als Bekräftigung wurden Lieferungen eingestellt und eine Preiserhöhung für zukünftige Lieferungen angekündigt.

Gleichzeitig wuchs der Widerstand gegen Williams in Litauen. Der Leiter von Mazeikiu Nafta, der den Transfer des kontrollierenden Anteils an das amerikanische Unternehmen offen kritisiert hatte, trat Mitte Oktober zurück. Der litauische Ministerpräsident kündigte an, dass er die Vereinbarung nicht unterstützen würde. Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Ende Oktober 1999 wurde der Vertrag, mit dem 33% Anteile an Mazeikiu Nafta an Williams International überführt wurden, endlich unterzeichnet. Dadurch erhielt Williams die operationelle Kontrolle über Mazeikiu Nafta.

Im November musste die Mazeikiu-Nafta-Raffinerie ein weiteres Mal den Betrieb einstellen, nachdem Rohöllieferungen aus Russland gestoppt worden waren. Nach zwei Wochen nahm die Raffinerie die Arbeit mit Nordseeöl, das an das Butinge-Terminal zu beträchtlich höheren Preisen als das russische Öl geliefert worden war, wieder auf. Verhandlungen mit Lukoil über ein Lieferabkommen wurden erneut begonnen und im Mai 2000 unterzeichneten Lukoil und Mazeikiu Nafta endlich ein langfristiges Abkommen.

Anfang 2001 kündigte Lukoil jedoch alle Pläne für eine langfristige Zusammenarbeit mit Mazeikiu auf und stellte ein weiteres Mal die Lieferungen ein, wodurch Mazeikiu Nafta mit Verlusten operierte. Ein Bericht des Staatlichen Rechnungshofes stellte die Behauptung auf, dass Mazeikiu Nafta Bankrott gehen könnte. Dies veranlasste den litauischen Präsidenten, persönlich eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Lukoil über Rohöllieferungen an die Raffinerie zu versuchen. Die litauische Regierung erklärte ihre Absicht, den Verkauf von 33% an Mazeikiu Nafta an das russische Unternehmen zu unterstützen. Russischer Einfluss auf Managemententscheidungen stand jedoch nicht auf der Agenda.

Da Mazeikiu Nafta russische Rohöllieferungen dringend benötigte und Lukoil mehr verlangte, als Litauen geben wollte, erhielt Jukos in den Verhandlungen eine reelle Chance. Im Juni 2001 erzielten Williams und Jukos eine vorläufige Vereinbarung. Jukos sollte 26,85% an Mazeikiu erhalten und dafür im Gegenzug Modernisierungsprojekte finanzieren und Rohöllieferungen garantieren. Der Anteil von Williams würde auf 26,85% zurückgehen, die Firma würde aber ihre Stimmenmehrheit bei Mazeikiu Nafta behalten. Die litauische Regierung und das Parlament billigten die Vereinbarung. Der Abschluss der Vereinbarung wurde jedoch verzögert. Im Dezember kündigte Williams

an, dass sie von der Vereinbarung zurücktreten würde, da Jukos zum alleinigen Rohöllieferanten für die Raffinerie werden wollte. Nichtsdestotrotz setzte das russische Unternehmen seine Rohöllieferungen fort.

Ende Januar 2002 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Williams begann jedoch auch Gespräche mit Lukoil. Im Juni wurde endlich die Vereinbarung zwischen der litauischen Regierung, Williams und Jukos unterschrieben. Als Williams aufgrund finanzieller Probleme im August 2002 gezwungen war, seinen restlichen Anteil zu verkaufen, beschloss die litauische Regierung, keinen Gebrauch von ihrem Vorkaufsrecht auf die Anteile zu machen und stattdessen eine Vereinbarung mit Jukos zu gestatten, die die zusätzlichen 26,85% kaufte. Im Endergebnis besaß die russische Firma jetzt 53,7% der litauischen Firma und hatte die Kontrolle über das Management erhalten. Die Regierung hatte immer noch 41% Anteile an Mazeikiu Nafta und war durch ihre eigene Entscheidung zum Juniorpartner eines russischen Unternehmens in einer litauischen Firma geworden.

Als Jukos *de facto* durch die russischen Steuerbehörden in den Bankrott getrieben wurde, musste das Unternehmen im Januar 2005 Rohöllieferungen an die Mazeikiu Raffinerie einstellen. Der litauische Ministerpräsident kündigte an, dass die Regierung alternative Lieferquellen für Rohöl suchen würde und einen Teil der Jukos-Anteile an der litauischen Firma zurückkaufen wollte. Im Februar 2005 wiederholte Lukoil seine Absicht, Mazeikiu Nafta zu kaufen. Ende April erklärte Jukos sich zu einem Verkauf bereit. Einen Monat später erklärte auch das russisch-britische Konsortium TNK-BP sein Interesse an Mazeikiu Nafta. Die litauische Regierung hofft, bereits im Sommer von einem neuen Besitzer dauerhafte Garantien für die Rohölversorgung der Raffinerie zu erhalten.

## Tabellen zum Text

### Investitionen russischer Öl- und Gasfirmen in der erweiterten EU

#### Lukoil

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Tschechische Republik	Tankstellen (2003 verkauft)	100%	Vertrieb
Estland	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Finnland	Teboil (muss noch von der EU genehmigt werden)	100%	Vertrieb
Ungarn	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Lettland	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Litauen	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Polen	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb

Quelle: NewsBase Archive ([www.newsbase.com](http://www.newsbase.com))

## Jukos

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Österreich	Joint Venture mit ÖMV	50%	Bau von Pipelines
Lettland	Jukos-Tankstellen	100%	Vertrieb
Litauen	Mazeikiu Nafta	53,7%	Transport, Vertrieb
	Jukos-Tankstellen	100%	Vertrieb
Slowakei	Transpetrol	49%	Betrieb von Pipelines
UK	John Brown Technology (2003 verkauft)	100%	Consulting im Ingenieurwesen

Source: Vahtra, Peeter / Liuhto, Kari: *Expansion or exodus? Foreign operations of Russia's largest corporations*, *Electronic Publications of the Pan-European Institute (Turku) 8/2004*, S.31.

## Gasprom

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Österreich	GHW	50%	Gashandel
Estland	Eesti Gaas	37%	Gashandel und -transport
Finnland	Gasum Oy	25%	Gastransport und -vertrieb
	North Transgas Oy	50%	Bau der Ostseepipeline
Frankreich	FRAGaz	50%	Gashandel
Deutschland	Ditgaz	49%	Gashandel
	Verbundnetz Gas	5,3%	Gastransport und -vertrieb
	Wingas	35%	Gastransport and -lagerung
	Wintershall Erdgas Handelshaus	50%	Gashandel
	Zarubezhgaz	100%	Gashandel
Griechenland	Prometheus Gaz	50%	Marketing and Pipeline-Bau
Ungarn	Panrusgas	50%	Gashandel und -transport
	Borsodchem	25%	Petrochemie
	DKG-EAST Co. Inc.	38,1%	Herstellung von Ausrüstung für die Öl- und Gasindustrie
	General Banking and Trust Co. Ltd.	25,5%	Bank
Italien	Promgaz	50%	Gashandel und -vertrieb
	Volta	49%	Gashandel und -transport
Lettland	Latvijas Gaze	34%	Gashandel und -transport
Litauen	Stella-Vitae	30%	Gashandel
	Lietuvos Dujos	34%	Gashandel und -transport
	Kraftwerk Kaunas	100%	Gasbetriebenes Wärmekraft- und Elektrizitätswerk
Niederlande	Pieter-Gaz	51%	Gashandel
Polen	Gas Trading	35%	Gashandel
	Evropol Gaz	48%	Gastransport
Slowakei	Slovrusgaz	50%	Gashandel und -transport
	SPP	16,3%	Gastransport
Slowenien	Tagdem	7,6%	Gastrading
UK/ Belgien	Interconnector	10%	Betreiber einer Pipeline

Quelle: Heinrich, Andreas: *Between a rock and a hard place. The energy sector in Central and Eastern Europe*, in: Liuhto, Kari / Vincze, Zsuzsanna: *Wider Europe*, Turku 2005, S.457-490, hier: S.476.

## Pressestimmen

### Die polnische Debatte um die Abhängigkeit von russischen Energiekonzernen

„Erdöl und Gas, Rechtsparteien und Linksparteien“, in: BBC Polska.com (06.01.2005),  
[http://www.bbc.co.uk/polish/indepth/story/2005/01/050103\\_orlen\\_commission\\_spec\\_9.shtml](http://www.bbc.co.uk/polish/indepth/story/2005/01/050103_orlen_commission_spec_9.shtml)

[...] Sensationell haben im Herbst 2004 die Aussagen von Zbigniew Siemiatkowski, dem ehemaligen Geheimdienst-Leiter, vor der Kommission [dem Parlamentsausschuss zur Orlen-Affäre] geklungen.

In einer Sprache, die bisher den polnischen Linken fremd war, hat er ausgesagt, dass Russland in Mittel- und Osteuropa einen „neuen wirtschaftlichen Imperialismus“ betreibt, indem es versucht, den Energiesektor in den Ländern der Region zu übernehmen.

Siemiatkowski hat versichert, dass der Kampf dagegen unter seiner Leitung eine Priorität des polnischen Geheimdienstes war. Daraus resultierte unter anderem das Interesse des Geheimdienstes an den Wiener Gesprächen zwischen Kulczyk [dem polnischen Unternehmer] und Ałganow [dem russischen Geheimagenten].

Piński, Jan / Trębski, Krzysztof: „Naftomania kämpft um die Macht“, in: Wprost, Nr. 1143 (24.10.2004),

<http://www.wprost.pl/ar/?O=69139>

Als der russische Spion Władimir Ałganow sich mit dem reichsten Polen Jan Kulczyk am 18. Juli 2003 in Wien traf, war das nur fünf Wochen nach dem [polnischen] Referendum über den EU-Beitritt. In neun Monaten sollte Polen ein Mitglied der EU werden. Unsere Stabilisierungskräfte im Irak hatten praktisch ihre Mission aufgenommen und Polen war – neben Großbritannien, Spanien und Australien – der treueste Verbündete Amerikas, das in Deutschland, in Frankreich oder bei der UNO stark kritisiert wurde. Wenn jemand, zum Beispiel der russische Geheimdienst, den besten Moment für den Ausbruch einer großen Affäre in unserem Land suchen sollte, hätte er keinen besseren Termin finden können.

Bei dieser Affäre ging es um die Kontrolle über den Erdölsektor, denn dieser gibt auch Kontrolle über die polnische Politik. Ałganow musste wissen, dass seine Berichte über die Treffen mit Kulczyk beim polnischen Geheimdienst landen würden und dass sie eine Lawine losretten konnten. Denn Ałganow hat de facto eine Bombe zwischen die polnischen Politik- und Wirtschaftseliten geworfen, als er über die Bestechung und Protektionen bei der höchsten Staatsmacht gesprochen hat. Die Bombe hat angefangen zu ticken. Weder Ałganow noch jemand in Moskau hat jedoch vermutet, dass sie zufällig zur Explosion gebracht wird. Niemand konnte wissen, dass ein Ausschuss zu Orlen [vom polnischen Parlament] geschaffen werden würde (28 Mai 2004) und der Brennstoffbaron Jan Bobrek petzen würde (6 April 2004). Es hat sich nämlich herausgestellt, dass das, was Bobrek sagt und was bei der Arbeit des Untersuchungsausschusses herauskommt, mit dem zusammenhängt, womit Ałganow im Juli 2003 beschäftigt war. Dementsprechend ist die Bombe auf eine unkontrollierte Weise explodiert. [...]

Es gibt viele Hinweise dafür, dass der Kreml dem Föderalen Sicherheitsdienst (Nachfolger des KGB) grünes Licht gegeben hat, damit er die Wiener Provokation organisiert. Man hat zu Recht angenommen, dass danach Leute in Polen, die für Russen unbequem sind, sich gegenseitig fertig machen werden. [...]

Nach einer Affäre wie der jetzigen wird es schwer sein, einen Politiker in Polen zu finden, der das Risiko des Verkaufs irgendeiner strategischen Gesellschaft an Investoren aus Russland auf sich nehmen wird. [...]

Grzeszak, Adam: „Russland, das ist wer?“, in: Polityka, Nr. 11/2004,

<http://polityka.onet.pl/162,1153794,1,0,2443-2004-11,artykul.html>

Das sollte nicht passieren, ist aber doch passiert – die Russen haben den Gashahn zugezogen. Obwohl sie ihn bald danach wieder aufgedreht haben, sind wir noch im Schock und sehr beunruhigt: Ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland für uns gefahrlos? [...]

Der Vorfall vom Februar hat einen gewissen Vorteil – er hat allen bewusst gemacht, dass die Gefahr nicht ausgedacht ist und dass man daran denken soll, wie man sich wenigstens teilweise vom russischen Lieferanten unabhängig machen kann. [...]

Investitionen in Gasleitungen sind außerordentlich teuer und man weiß nicht wer sie finanzieren sollte. Wenn sie als normale wirtschaftliche Unternehmen betrachten werden sollten, dann müssen sie eine wirtschaftliche Begründung haben, und wir haben doch einen Vertrag für Gaslieferungen aus Russland für die nächsten 20 Jahre. Vielleicht sollte man Pipelines genau wie den Kauf der Jagdflugzeuge F-16 betrachten – als Investition in die Staatssicherheit? Woher soll man aber Geld dafür nehmen?

Zum Glück ist unsere Abhängigkeit von russischen Rohstofflieferungen außer Gas nicht so groß. 90 Prozent des Erdöls führen wir zwar aus Russland durch die Gasleitung Przyjaźń ein, aber [der polnische Erdölimporteur] Naftoport und die Erdölleitung Gdańsk-Płock geben uns Sicherheit. Falls Probleme auftauchen, kann man den ganzen Rohstoff mit Schiffen einführen.

**Kubik, Andrzej / Malinowski, Mariusz: „Wird uns das Erdöl ausgehen oder nicht?“, in: Gazeta Wyborcza vom 23.01.2005,**

<http://gospodarka.gazeta.pl/gospodarka/1,49621,2506376.html>

Man wurde nervös nach der Einstellung der Erdöllieferungen von Jukos an polnische Raffinerien. Die Raffinerien versichern, dass sie sich vor dieser Situation geschützt haben, aber man weiß nicht, mit wem sie langjährige Verträge unterschreiben werden. Präsident Aleksander Kwaśniewski hat Gespräche über Erdöl mit Russlands Präsident Wladimir Putin angekündigt. [...]

Können die Probleme mit Erdöllieferungen ein Druckmittel der russischen Seite sein? Mitte Dezember hat die russische Presseagentur Interfax ein Interview mit Nikolaj Zachmatow veröffentlicht, dem Handelsberater Russlands in Polen. Zachmatow hat gesagt, dass „eine Erhöhung der Stabilität und des Umfangs der russischen Erdöllieferungen nur dann möglich ist, wenn die russischen Brennstoffunternehmen sich als Investoren an der Privatisierung polnischer Unternehmen der Brennstoffbranche beteiligen werden.“ [...]

**Kowalski, Janusz K.: „Energiesektor. Russland der Hauptlieferant von Erdöl und Gas. Löchrige Energiesicherheit“, in: Gazeta Prawna, Nr. 62 (30.03.2005),**

<http://www.gazetaprawna.pl/dzialy/28.html?numer=1427&dok=1427.28.3.2.9.2.0.1.htm>

Polen hat eine Infrastruktur, die den Import von Erdöl nicht nur aus Russland ermöglicht, sondern auch aus verschiedenen Teilen der Welt. Das gibt aber keine volle Garantie für die Energiesicherheit Polens, weil wir keine Pipelines haben, die Benzin und Antriebsöl von unseren Häfen in das ganze Land liefern können. Schwieriger ist die Situation mit der Lieferung von Gas, weil wir immer noch in einem hohen Maße von einem Partner abhängig sind – Russland. [...]

Experten und Politiker sind einer Meinung, dass wir zu sehr von den Gaslieferungen aus Russland abhängig sind und dass man die Lieferquellen und Transportwege differenzieren soll. Deswegen werden Gespräche mit den Vertretern des norwegischen Konzerns Statoil geführt, und mit anderen Partnern, die uns Flüssiggas liefern wollen. [...]

*Übersetzung aus dem Polnischen: Małgorzata Anna Czerniak*



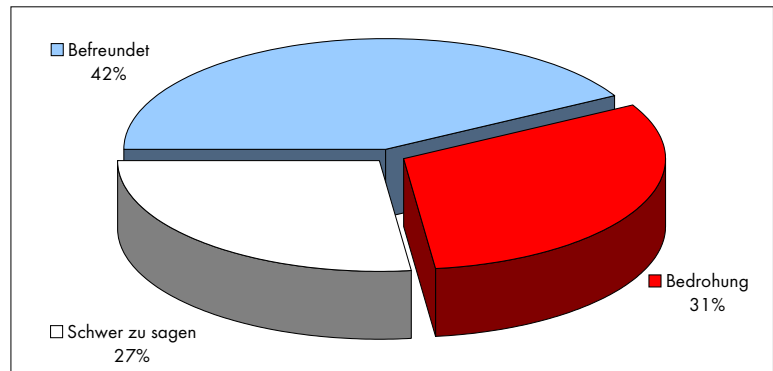
Umfragen

## Die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Russen

### Polen über die Beziehung zu Russland

Wird Russland in der Zukunft eine Bedrohung für Polen sein oder ein befreundetes Land?  
(Februar 2005)

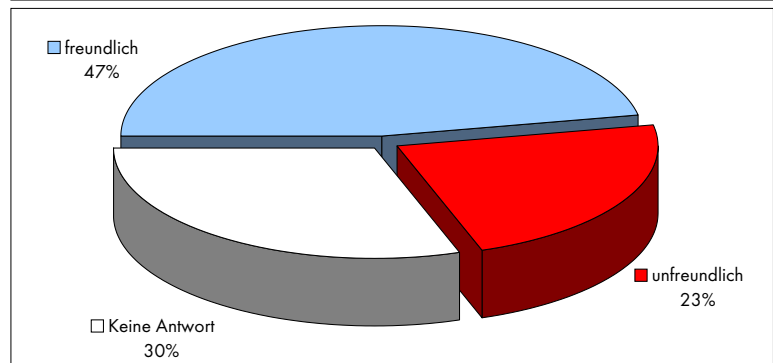
Quelle: CENTRUM BADANIA OPINII SPOŁECZNEJ (CBOS), [http://www.isp.org.pl/docs/prasa/wolimy\\_rosjan\\_od\\_rosji.PDF](http://www.isp.org.pl/docs/prasa/wolimy_rosjan_od_rosji.PDF)



### Russen über die Beziehung zu Polen

Ist Polen als Staat Russland gegenüber freundlich oder unfreundlich eingestellt?  
(Januar 2005)

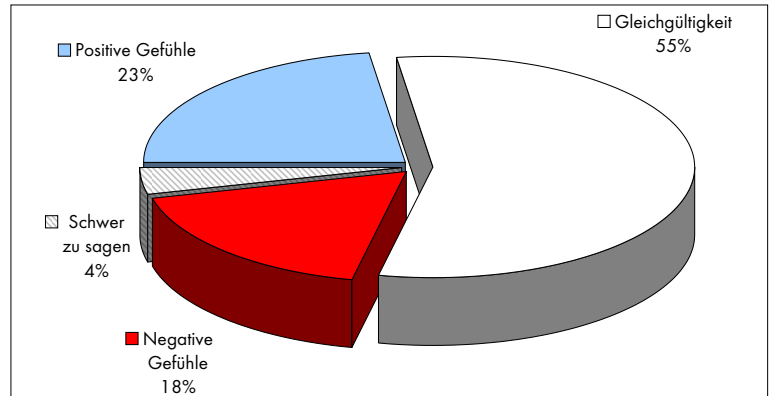
Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM), publiziert am 27.1.2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0504.zip>



### Polen über Russland

Welche Gefühle hegen Sie als Pole gegenüber Russland?  
(Februar 2005)

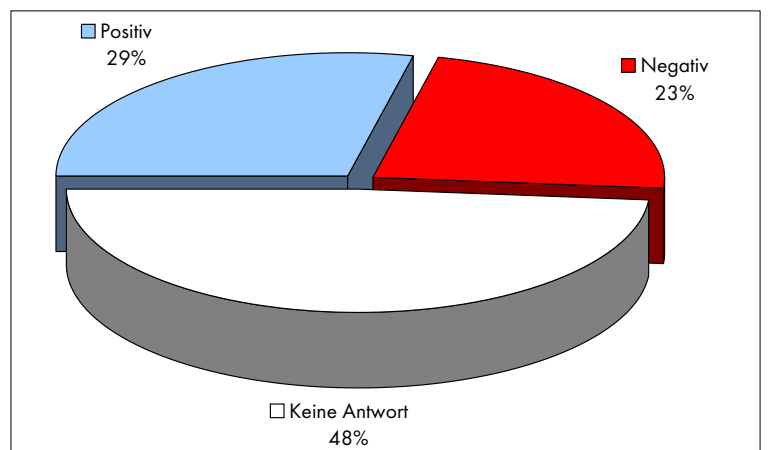
Quelle: CENTRUM BADANIA OPINII SPOŁECZNEJ (CBOS), [http://www.isp.org.pl/docs/prasa/wolimy\\_rosjan\\_od\\_rosji.PDF](http://www.isp.org.pl/docs/prasa/wolimy_rosjan_od_rosji.PDF)



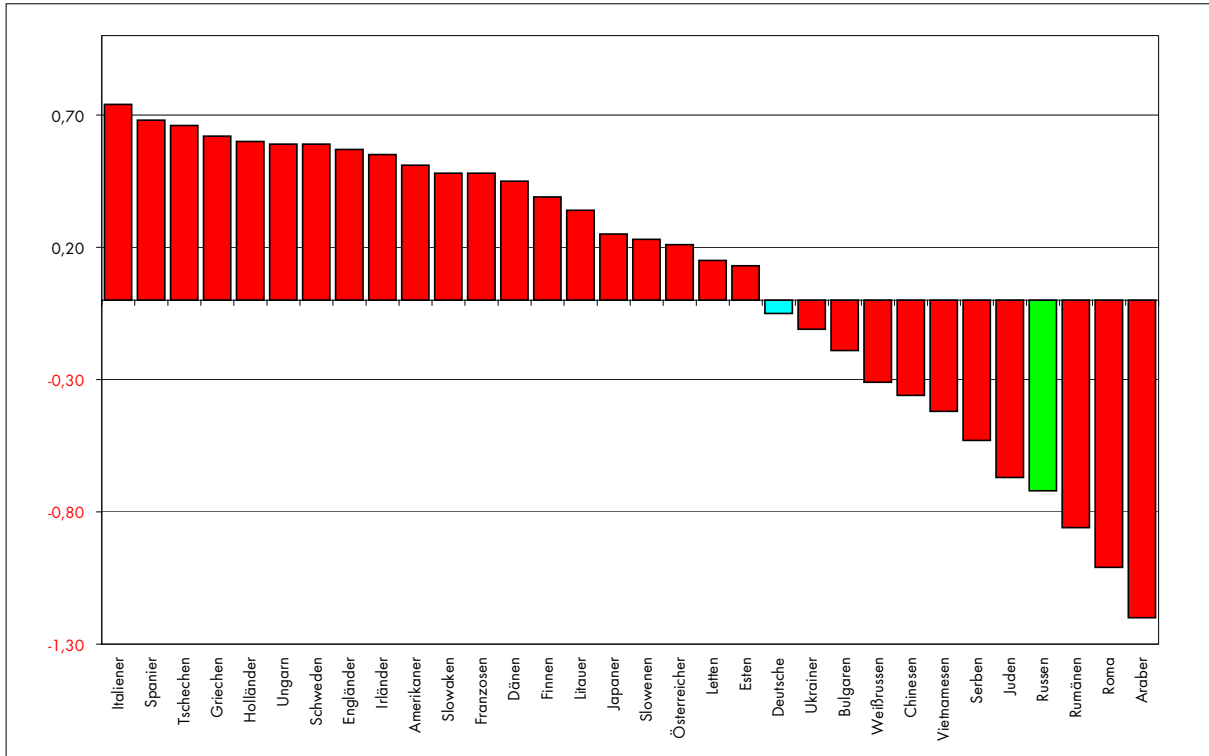
### ... und was die Russen vermuten

Ist die Mehrheit der Polen heute Russland gegenüber positiv oder negativ eingestellt?  
(Januar 2005)

Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM), publiziert am 27.1.2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0504.zip>



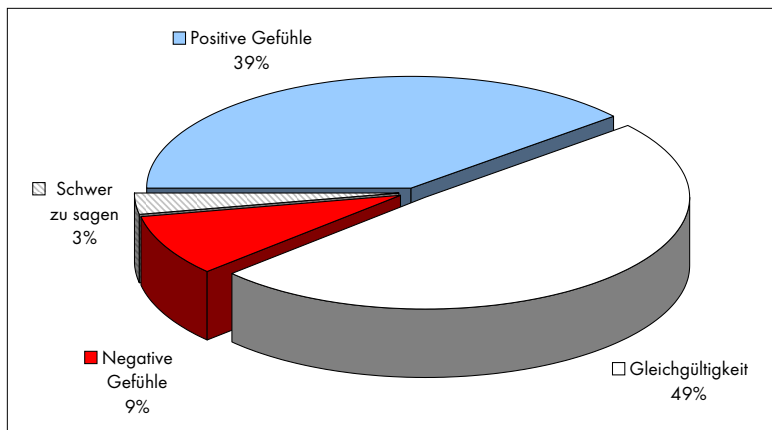
Einstellung der polnischen Bevölkerung zu anderen Nationen (Skala von -3 bis +3)



Quelle: CENTRUM BADANIA OPINII SPOŁECZNEJ (CBOS), [http://www.cbos.com.pl/SPISKOM.POL/2005/K\\_001\\_05.PDF](http://www.cbos.com.pl/SPISKOM.POL/2005/K_001_05.PDF)

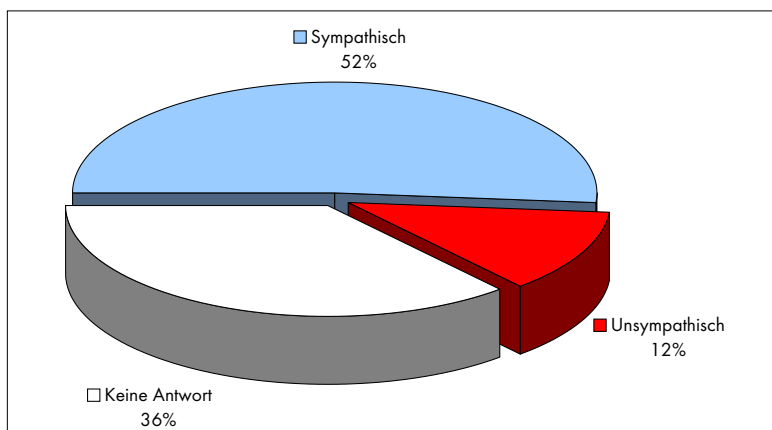
**Polen über Russen**  
**Welche Gefühle hegen Sie als Pole gegenüber Russen?**  
**(Februar 2005)**

Quelle: CENTRUM BADANIA OPINII SPOŁECZNEJ (CBOS), [http://www.isp.org.pl/docs/prasa/wolimy\\_rosjan\\_od\\_rosji.PDF](http://www.isp.org.pl/docs/prasa/wolimy_rosjan_od_rosji.PDF)



**Russen über Polen**  
**Sind Ihnen Polen persönlich sympathisch?**  
**(Januar 2005)**

Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM), publiziert am 27.1.2005  
<http://bd.fom.ru/zip/tb0504.zip>



**Chronik**

**Vom 26. Mai bis zum 2. Juni 2005**

26.5.2005	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, die Besorgnis über den Missbrauch der russischen Justiz für politische Ziele äußert und auf größere Pressefreiheit in Russland drängt.
26.5.2005	25 Männer besetzen die Geschäftsräume von "Trinity Motors" am Moskauer Puschkin-Platz und tauschen die Schlösser aus. Die Aktion steht im Zusammenhang eines Mietstreits zwischen "Trinity Motors" und dem Besitzer des Gebäudes, der Gesellschaft "Iswestija", die im Besitz der Präsidialverwaltung ist.
26./27.5.2005	In der Nacht wird Anatolij Tschubajts, der Vorstandsvorsitzende des Strommonopolisten "EES Rossija" im Zusammenhang mit dem Stromausfall in Moskau vier Stunden lang von der Staatsanwaltschaft befragt.
26.5.2005	Mufti Achmad-hadschi Schamajew, der oberste islamische Geistliche Tschetscheniens erklärt ohne Angabe von Gründen seinen Rücktritt.
26.5.2005	Gegen Walid Kistschijew, den zweithöchsten islamischen Geistlichen in Inguschetien, wird in Naltschik, der Hauptstadt von Kabardino-Balkarien, ein Verfahren wegen illegaler Einreise eröffnet. Die Behörden erklären, er heiße in Wirklichkeit Walid Abduch-Chamid Iljas und sei 1991 als irakischer Bürger auf Einladung des damaligen tschetschenischen Präsidenten Dschochar Dudajew eingereist.
27.5.2005	Lord John Browne, der Vorstandsvorsitzende von BP, erörtert mit Ministerpräsident Michail Fradkow und dem Gasprom-Vorsitzenden Alexej Miller den Verkauf von Anteilen des Unternehmens TNK-BP an Gasprom.
27.5.2005	Putin empfängt den Finanzmagnaten und Gouverneur von Tschukotka, Roman Abramowitsch, im Kreml und erörtert mit ihm Fragen der Wirtschaft Tschukotkas.
27.5.2005	Putin empfängt den Menschenrechtsbeauftragten der Europäischen Kommission, Alvaro Gil-Robles, im Kreml. Gil-Robles kritisiert den Freispruch von vier Speznas-Angehörigen, die sechs tschetschenische Zivilisten ermordet haben, und spricht die Hoffnung aus, dass die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien beendet werden.
27.5.2005	Günter Saathoff, der Vorstand der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" teilt in Moskau mit, dass in den vergangenen vier Jahren 326 Millionen Euro an 211.000 russische ehemalige NS-Zwangsarbeiter ausgezahlt wurde. Damit sind die regulären Zahlungen abgeschlossen. Nun stehen noch Zahlungen an Rechtsnachfolger von inzwischen verstorbenen Anspruchsberechtigten an.
30.5.2005	Außenminister Sergej Lawrow und seine georgische Amtskollegin Salomé Surabischwili unterzeichnen in Moskau ein Abkommen, das die Räumung der beiden russischen Militärstützpunkte in Georgien bis zum Jahr 2008 vorsieht.
31.5.2005	Am zwölften Tag der Urteilsverkündung gibt das Moskauer Bezirksgericht die Strafhöhe bekannt: Michail Chodorkowskij und Platon Lebedjew werden zu je neun Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Der Mitangeklagte Andrej Krajnow erhält fünf Jahre Haft.
31.5.2005	Das angeschlagene Mineralölunternehmen Jukos reicht beim Moskauer Wirtschaftsgericht Klage gegen den Staatlichen Vermögensfond ein, von dem es wegen der Beschlagnahmung von Juganskneftegaz eine Entschädigung in Höhe von 11,5 Mrd. US\$ fordert.
31.5.2005	Der russische Außenminister Sergej Lawrow führt in Tokio Gespräche mit seinem japanischen Amtskollegen Nobutaka Matimura. Lawrow teilt mit, dass es über die Kurilen nach wie vor keine Übereinstimmung gibt.
31.5.2005	Der nordossetische Präsident Alexander Dsasochow erklärt acht Monate vor dem Ende seiner Amtszeit seinen Rücktritt. Nach der Geiselnahme von Beslan war in der Öffentlichkeit immer wieder seine Abdankung gefordert worden.
2.6.2005	Außenminister Sergej Lawrow trifft in Wladiwostok mit seinem indischen und seinem chinesischen Amtskollegen zusammen. Die drei Außenminister erörtern Fragen der Erweiterung der trilateralen Partnerschaft und der regionalen Stabilität, u.a die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenschmuggels.
2.6.2005	Außenminister Sergej Lawrow und sein chinesischer Amtskollege Li Zhaoxing unterzeichnen ein Abkommen, das den Verlauf eines 86 Kilometer langen Teilstücks der Grenze zwischen beiden Ländern festlegt.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de